OSBA

Europäische IT gegen digitale Erpressung

[22.01.2026] Digitale Dienste von US-Anbietern können umstandslos blockiert werden, wie der Fall des Internationalen Strafgerichtshofs zeigt. Weitere Fälle könnten folgen. Open-Source-Lösungen bieten eine sichere, europäische Alternative. Die OSBA berät Organisationen beim Umstieg.

In der Diskussion um die digitale Unabhängigkeit von Staat und Verwaltung sorgte der Fall des Franzosen Nicolas Guillou im vergangenen Jahr für Entsetzen. Er ist einer von sechs Richtern und drei Staatsanwälten des Internationalen Strafgerichtshofs und wurde vom US-Finanzministerium mit Sanktionen belegt. Grund dafür sind ausgesprochene Haftbefehle gegen den israelischen Premier und den Verteidigungsminister des Landes. Der Richter war unversehens von allen US-amerikanischen digitalen Diensten abgeschnitten. Weder E-Mails noch Online-Buchungen oder der Zahlungsverkehr funktionierten.

Die Open Source Business Alliance (OSBA) greift diesen Vorfall nun erneut auf. Digitale Sanktionen seien als Machtmittel zu einer realen Bedrohung für zivilgesellschaftliche Organisationen, die Verwaltung und Unternehmen in Europa geworden, so der Verband. Er zeige, wie verwundbar Akteure sind, wenn sie sich komplett auf nicht-europäische Closed-Source-Anbieter verlassen. OSBA-Vorstandsvorsitzender Peter Ganten spricht von einer „potenziell akuten Erpressungslage, der wir etwas entgegensetzen müssen und können. Die Fälle machen deutlich, dass es praktisch jeden treffen kann und Gegenwehr nicht möglich ist. Doch Europa ist dieser Bedrohung nicht schutzlos ausgeliefert. Denn es gibt bereits heute eine ganze Industrie für digital souveräne Software und die entsprechenden Anbieter stehen jetzt bereit.“

Cloud-Daten in Gefahr

Die OSBA warnt auch bei einem aktuellen Fall vor vergleichbaren Restriktionen: Den Einreiseverboten gegen die Geschäftsführerinnen von HateAid in die USA könnten bald auch digitale Sanktionen folgen. Aus diesem Grund arbeitet HateAid nun mit einem Mitgliedsunternehmen des Verbandes, um zukünftig selber die Kontrolle über die eigene IT-Infrastruktur ausüben zu können. Aber nicht nur der Ausschluss von digitalen Diensten von US-amerikanischen Plattformen ist eine Gefahr. Die US-amerikanische Regierung kann, legitimiert durch den Cloud Act, jederzeit alle Daten anfordern, die über Software oder Dienste amerikanischer Unternehmen wie beispielsweise Microsoft oder Google laufen. „Viele Unternehmen, Regierungsorganisationen, aber wie im Fall von HateAid auch zivilgesellschaftliche Organisationen, sind bedroht, weil nicht klar ist, wie die von diesen Organisationen gespeicherten Daten verwendet werden“, so Ganten.

In dieser Situation bietet sich die OSBA für Unternehmen, Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen als Mittler an. Wer akut oder präventiv professionelle Beratung für den Umstieg auf Open-Source-Lösungen benötige oder schon nach Anbietern für digital souveräne IT-Lösungen suche, könne den Verband direkt ansprechen (info@osb-alliance.com), dieser stelle dann den Kontakt zu Mitgliedern her, die zur konkreten Anfrage passende Produkte oder Leistungen bieten.

(sib)

Stichwörter: Digitale Souveränität, OSBA